



# Pressemitteilung

---

Landesschülervertretung Hessen

Interessenvertretung der Schülerinnen und Schüler Hessens

LSV Hessen | Georg-Schlosser-Straße 16 | 35390 Gießen

**Fabian Pflume**

Landesschulsprecher

fabian.pflume@lsv-hessen.de

+49 163 9872893

Wiesbaden, den 07.03.2018

## Landesschülervertretung kritisiert steigende Anzahl von Privatschulen

In einem heute erschienen Bericht der GEW ist zu entnehmen, dass in den letzten zwölf Jahren ein starker Anstieg von Privatschulen, insbesondere im Grundschulbereich, in Hessen zu verzeichnen ist. So ist im Regierungsbezirk Darmstadt und der Region Frankfurt mehr als eine Verdopplung der Schülerschaft in diesem Bereich zu erkennen.

Als Ursache für die Flucht auf Privatschulen werden immer größer werdende Probleme an staatlichen Schulen, wie z.B. schlechte Ausstattung, Personalmangel und Defizite in der Inklusionsbereitschaft ausgemacht.

Die Landesschülervertretung weist hierbei auf das im Grundgesetz verankerte Sonderungsverbot hin und fragt sich, wie die massive Errichtung von Privatschulen damit im Einklang steht. Aus dem Bericht geht hervor, dass vielerorts monatliche Gebühren in Höhe von 300 Euro und mehr für den Besuch zu entrichten sind. Einkommensschwache Familien werden wohl nicht in der Lage sein diese Gebühr zu entrichten, wobei oftmals noch zusätzlich Schulmaterialien, wie z.B. Lektüren und Arbeitshefte sowie Nachhilfeunterricht gezahlt werden muss.

Landesschulsprecher Fabian Pflume stuft diese Entwicklung insgesamt als höchst problematisch ein: „Die staatliche Grundschule wird zurzeit von der „Schule für Alle“ zur „Schule für Arme“. Diese Entwicklung ist für niemanden wünschenswert und steht keinesfalls im Einklang mit dem Sonderungsverbot. Die Eltern, welche es sich leisten können, zieht es nun immer mehr zu privaten Schulanbietern, mit der nachvollziehbaren Intention das Beste für ihr Kind zu wollen“.

Die Landesschülervertretung setzt sich bereits seit Jahren für Chancengleichheit im Bildungssystem ein. Sie fordert daher seit langem ein Gründungsstopp für private Schulen und eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Aktuell werden viele Schülerinnen und Schüler durch die Dreiteilung des Schulsystems ihrer Chancen auf eine gute Zukunft beraubt. Mit der Etablierung der Privatschulen entsteht ein selektives Schulsystem, welches nicht nur in leistungsstark und leistungsschwach unterscheidet, sondern auch in Arm und Reich.

„Das Beste an Bildung sollte es kostenfrei aus staatlicher Hand geben, der Zwang der Eltern zu einer teuren Privatschule und der erneute Höchststand der Privatschülerinnen und Privatschüler ist ein

Armutzeugnis für das hessische Bildungssystem. Die Politik sollte ernsthaft über ihre Priorisierung im Bereich Schule nachdenken, denn jetzt besteht höchster Handlungsbedarf. Wir fordern daher die Landesregierung auf, staatliche Schulen wieder für alle attraktiv zu gestalten“, so Pflume abschließend.